

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Unsere Antwort auf Krieg & Krise: Klassenkampf!

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Das vergangene Jahr war geprägt von Kriegen und Krisen, welche die öffentliche Wahrnehmung bestimmten: Haushaltskrise, Bildungskrise, Schuldenkrise, Migrationskrise und Wirtschaftskrise, Krieg in der Ukraine, Israel und Palästina. Mit diesen Kriegen und Krisen einher gehen zahlreiche Angriffe auf unseren Lebensstandard und unsere Rechte. Wie blicken wir auf 2024? - Ein Jahresausblick von Clara Bunke

Krisen haben das Jahr 2023 und die öffentliche Diskussion in Medien und Politik dauerhaft bestimmt. So sehr, dass die Gesellschaft für deutsche Sprache „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres gekürt hat. Die Jury begründet ihre Wahl damit, dass angesichts der Vielzahl an gleichzeitigen Krisen der Ausnahmezustand zum Dauerzustand geworden sei und die Gesellschaft in einen Krisenmodus geschaltet habe.

Krise folgt auf Krise

Die Allgegenwärtigkeit der Krisen geht soweit, dass Kommentator:innen und Politiker:innen im vergangenen Jahr immer wieder die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Atomkriegs herbeiredeten, einen Untergang der gesamten deutschen Industrie aufgrund von Umweltschutzmaßnahmen prognostizierten oder sich gar in apokalyptische Weltuntergangsszenarien hineinsteigerten.

All das erzeugt in der breiten Bevölkerung natürlich Angst und Verunsicherung. Es führt auf der einen Seite zu Passivität und zum Rückzug ins

Private, und auf der anderen Seite zur Hinnahme noch so radikaler Maßnahmen der Aufrüstung und des Krisenmodus der herrschenden Politik, die angeblich die einzige Möglichkeit sei, um unser Leben wie wir es kennen zu sichern.

Zu diesen Maßnahmen gehören die Einschnitte in unseren Lebensstandard durch Preissteigerungen, ausbleibenden Reallohnausgleich, Sozialkürzungen und gigantische Subventionen sowie Geschenke an Großkonzerne. Diese verschieben auch die Grenzen des politisch Machbaren.

Gemeinsame Interessen?

Begonnen hat dieser Krisenmodus jedoch keinesfalls im vergangenen Jahr, sondern ist spätestens mit der Coronapandemie und der durch sie verschärften Wirtschaftskrise von 2019/2020 zu einer dauerhaften Erscheinung geworden. Auch im Jahr 2024 können wir davon ausgehen, dass dieser Krisenmodus uns weiterhin begleiten wird. Sehen wir

doch, dass die Regierung keinerlei Lösungen für die zahlreichen Krisen anzubieten hat oder in der Lage oder willens ist, sie zu entwickeln. Vielmehr hangeln sich Politik und Wirtschaft von einer Krise zur nächsten, während sie versuchen, die Folgen dieser Krisen auf uns Arbeiterinnen und Arbeiter abzuwälzen.

Begleitet werden die Maßnahmen im Krisenmodus mit dauerhaften Durchhalteparolen der Herrschenden, die immer wieder neu zusammengewürfelte „Schicksalsgemeinschaften“ beschwören. Mal ist es der ach so „demokratische Westen“ gegen den Osten, mal sitzen wir als „Europäer:innen“ alle im selben Boot und das nächste Mal sollen wir „alle“ den Gürtel enger schnallen.

Dabei muss uns klar sein: Diese demagogische Politik, welche uns gemeinsame Interessen zwischen wenigen Milliardär:innen und Millionen Arbeiter:innen und Kleingewerbetreibenden vorgaukelt, richtet sich letztlich gegen uns selbst und unsere Interessen.

Haushaltskrise

Nachdem das Verfassungsgericht die Haushaltstricks der Bundesregierung für illegal erklärt hat, sind weitere Streichungen bei Sozialausgaben zu erwarten. Die Diskussion um die Schuldenbremse lenkt von eigentlichem Problem ab. > Seite 3

„Die Linse muss bleiben!“

In Berlin wehren sich Nutzer:innen und Nachbar:innen eines Jugendclubs gegen dessen Schließung. Ihr Kampf zeigt uns: Wenn wir uns zusammenschließen, können wir effektiv etwas gegen Kürzungen und Sozialabbau unternehmen. > Seite 4

„Unsere Räume müssen wir selbst erkämpfen“

Seit einiger Zeit entstehen in verschiedenen Städten wieder vermehrt selbstverwaltete Räumlichkeiten und Soziale Zentren. In diesen Räumen sollen Arbeiter:innen aus ihren Vierteln zusammenkommen und sich organisieren können. > Seite 5

„Eine Studierendenbewegung aufbauen“

Das Studierendenkollektiv ist eine klassenkämpferische Studierendenorganisation. Bereits im September hat sich die Organisation gegründet und seitdem erste Erfahrungen mit sozialistischer Hochschulpolitik gemacht. > Seite 6

Rassistische Hetze und Terror zur Spaltung

Von Kanzler Scholz bis Oppositionschef Merz fordern Politiker:innen schärfere Maßnahmen gegen Migrant:innen und Geflüchtete. Was hat es mit dieser offen rassistischen Hetze auf sich? Und wem nützt sie? > Seite 7

Die Revolution bleibt notwendig

Auch 100 Jahre nach seinem Tod ist Lenin nicht bloß eine historische Figur, die im letzten Jahrhundert gelebt und gewirkt hat, sondern ist nach hundert Jahren noch immer für viele Menschen ein Bezugspunkt. > Seite 8



Es brodelt unter der Oberfläche

In den vergangenen Jahren ist der Unmut über die Folgen der Krisen deutlich gewachsen. Dass die herrschende Politik für uns nichts anderes übrig hat als Durchhalteparolen und immer weitere Einschnitte in unseren Lebensstandard und unsere demokratischen Rechte erkennen immer mehr Menschen.

Es brodelt schon jetzt deutlich unter der Oberfläche, auch wenn sich das bei vielen noch nicht in zielgerichteter Aktivität für ihre Rechte und Interessen äußert. Die Wut über eine Politik, die einzig den Interessen der herrschenden Kapitalist:innenklasse dient und ihre Vermögen zu unseren Lasten vergrößert, wächst. Dabei besitzen die reichsten 1% mehr als ein Drittel allen Reichtums, die reichsten 10% sogar mehr als zwei Drittel allen Vermögens in Deutschland. Sie sind es, die auf unserem Rücken eine Politik entwickeln, die ihren Reichtum und Besitz an Land, Ressourcen und Fabriken schützt und immer weiter ausbaut. Während unsere finanzielle Belastungen durch steigende Preise, Steuern und Abgaben immer weiter steigen und wir an allen Ecken und Enden sparen müssen, steigen nicht nur die Vermögen der Reichen immer weiter an, sondern auch ihre Besteuerung wird immer weiter gesenkt.

Die berechtigte Wut gegen diese Politik des Kapitals müssen wir genau gegen die Verursacher:innen dieser

Politik richten und dürfen uns dabei nicht spalten lassen. Nicht unsere Herkunft oder Wohnort, unser Alter, unser Berufsstand, unsere Kultur oder Religion, unser Geschlecht oder sexuelle Orientierung sind ausschlaggebend, sondern ob wir als Arbeiter:innen und Kleingewerbetreibende gemeinsam unter der Politik der Herrschenden hier im Land leiden oder als Teil der Kapitalist:innenklasse von ihr profitieren.

Alle bürgerlichen Parteien überbieten sich darin, genau diese einfache Wahrheit zu verschleiern und immer neue und tiefere Keile in die Arbeiter:innenklasse zu schlagen. Sie wissen nur allzu gut, dass das untergründige Brodeln für sie zu einer realen Gefahr wird, sollten wir uns als Klasse für unsere gemeinsamen Interessen und Rechte vereinigen. Umso größer sind ihre Versuche, uns zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen. Doch wenn wir es schaffen dieser Spaltung den Kampf anzusagen, wenn wir der rassistischen Hetze von AfD, CDU und Co., der Kriegspropaganda der Regierung und der Hetze gegen die Kämpfe verschiedener Teile unserer Klasse durch Streiks und Demonstrationen etwas entgegensetzen, dann werden wir auch ihre Angriffe auf unsere Löhne und Rechte zurückschlagen können.

Ihre Krise? Nicht auf unserem Rücken!

Die Streiks der vergangenen Monate im Bereich des öffentlichen Dienstes,

der Arbeiter:innen bei der Deutschen Bahn und der spontane selbstständige Streik im Hamburger Hafen gegen Ausverkauf und Arbeitsplatzvernichtung sind greifbare Beispiele für unsere potentielle Macht, die Angriffe der Herrschenden zurückzuschlagen. Gleiches gilt für die politisch zwar oft nicht zielgerichteten oder einseitigen Proteste und Blockaden der jungen Klimabewegung oder der noch zaghafte Widerspruch gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Regierung.

Die Herrschenden wollen das Jahr 2024 zu einem Jahr der Angriffe auf unsere Klasse machen. Die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, weitere Aufrüstung, höhere Massensteuern und Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, Einschränkungen der Rechte von Flüchtlingen und Migrant:innen werden schon jetzt diskutiert und zum Teil bereits beschlossen. Weitere Angriffe werden nicht lange auf sich warten lassen. Dazu dürften insbesondere die mit den Gewerkschaften zu verhandelnden Reallohnsenkungen und Kürzungen bei den Sozialleistungen zählen.

Sicher, eine große Bewegung unserer Klasse, die sich geschlossen all diesen Angriffen entgegenstellt, ist zur Zeit noch nicht in Sicht. Aber das heißt nicht, dass wir diese Angriffe widerstandslos hinnehmen müssen. Überall dort wo wir leben und arbeiten, können wir auch im Kleinen alltäglich den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden organisieren. Und das ist letztlich auch die Vorausset-

zung dafür, eine neue klassenkämpferische Bewegung aufzubauen. Diese soll nicht nur gegen die aktuellen und kommenden Angriffe Widerstand organisieren und sagen „Ihre Krise? Nicht auf unserem Rücken!“. Sondern sie soll auch die Perspektive einer revolutionären Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und patriarchalen Unterdrückung im Sozialismus in die Kämpfe unserer Klasse tragen.

Im Jahr 2024: Organisieren & kämpfen!

Das Jahr 2024 kann so nicht nur zu einem Jahr neuer Angriffe gegen uns werden, sondern eben auch zu einem Jahr des Widerstands und des Aufbaus einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung, die verschiedenen Teile unserer Klasse, von Arbeiter:innen aller Bereiche und Schichten, über Schüler:innen und Auszubildende, von Frauen und Migrant:innen über Rentner:innen und Arbeitslose vereinigt.

Schaffen wir es, unsere gemeinsamen Interessen als Klasse in der Vordergrund zu stellen und alle Unterschiede zwischen uns und alles was uns heute noch trennt damit zu überwinden, dann werden wir den Angriffen des Kapitals ernsthaft etwas entgegen setzen können. In diesem Sinne entwickeln wir unseren Widerstand und unsere Politik im Jahr 2024, organisieren uns und kämpfen gemeinsam gegen die Politik des Kapitals.

„Haushaltskrise“: Nehmt's von den Reichen!

Auszug aus der Erklärung der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen:

Die Bundesregierung steht vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik. Weil sie gegen ihre eigenen Regeln verstieß, hat das Bundesverfassungsgericht nun Haushaltstricks kassiert. Jetzt stehen die Staatsausgaben für 2023 und für 2024 auf wackligen Beinen.

Die Regierungen haben sich da sehenden Auges hineinmanövriert: 2009

haben CDU und SPD die „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz geschrieben. Das war vor allem als Bremse für Sozialausgaben gedacht. Doch trotz Schuldenbremse ist die reale Neuverschuldung Deutschlands in den letzten vier Jahren explodiert: von 1900 Milliarden Euro auf 2400 Milliarden Euro. (...)

In der öffentlichen Debatte hören wir nur: „Schulden machen“ oder „Kürzen“. Doch niemand spricht darüber, dass man doch auch mal die Konzerne und Superreichen zur Kassen bit-

ten könnte! Das Jahr 2022 war ein Rekord-Gewinn-Jahr für die deutschen Unternehmen. Derzeit erklimmt der DAX ein Rekordhoch. In Deutschland werden zudem jährlich etwa 300 bis 400 Milliarden Euro vererbt. Davon werden nur drei Prozent an Steuern gezahlt. Auch hier gibt es einiges bei den Mega-Erbschaften zu holen. (...)

Dass niemand die Reichen zur Kasse bitten will, oder bei der Bundeswehr sparen will, zeigt klar:

Diese Regierung ist eine Regierung

der Reichen und der Kriegstreiber! Und deshalb verdient sie nichts als Protest!

Egal welche Schweinereien uns in den nächsten Tagen und Wochen noch präsentiert werden: Wir sollten uns auf Widerstand einstellen.

Wir sagen klar:

Stoppt die Aufrüstung! Geld für Bildung und Soziales statt für Bomben!

Nehmts den Reichen! Wir zahlen nicht für eure Trickserien!



Haushaltskrise: Die Diskussion um die Schuldenbremse lenkt vom eigentlichen Problem ab



INSM/Frank Seuffleben Schul, <https://www.flickr.com/photos/inism/8119059039/>, CC BY-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/>

Nachdem das Verfassungsgericht die Haushaltstricks der Bundesregierung für illegal erklärt hat, sind weitere Streichungen bei Sozialausgaben zu erwarten. Die Gas- und Strompreisbremse wurde bereits vorzeitig beendet und läuft zum Jahreswechsel aus. Die Haushaltskrise offenbart, dass der Staat im Kapitalismus zwangsläufig mit unvereinbaren Widersprüchen konfrontiert ist. - Eine Einordnung von Thomas Stark

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November die Finanzplanung der Bundesregierung umgeworfen. Wichtige Teile der Haushaltspolitik der Ampelkoalition sind verfassungswidrig: Die Regierung hatte versucht, Kredite, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Rahmen einer Ausnahmeregelung aufgenommen worden waren, für andere Zwecke zu verwenden. Mit dem Verbot dieses Tricks durch das Gericht fehlen der Regierung jetzt 60 Milliarden Euro, die bereits verplant waren.

Haushaltskrise soll von Arbeiter:innen bezahlt werden

Die Folgen dieser Haushaltskrise werden bei der arbeitenden Bevölkerung schnell zu spüren sein. Als erste Konsequenz hat die Koalition nämlich die Strom- und Gaspreisbremse vorzeitig beendet. Diese wird nun statt im März 2024 bereits zum Jahresende auslaufen.

Olaf Scholz hat zwar erklärt, dass dies kein Problem sei, da die Strom- und Gaspreise inzwischen wieder gefallen seien. Analysen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sowie des Verbraucherzentrale-Bundesverbands kommen jedoch zu dem Schluss, dass ein relevanter Teil der Stromkund:innen mit dem Wegfall der Preisbremse zusätzliche Aufschläge zahlen muss.

Zusätzlich will die Regierung den CO₂-Preis höher als geplant anheben, um ihre Finanzlöcher zu stopfen. Ursprünglich war geplant, den CO₂-Preis zum Jahreswechsel von 30 auf 40 Euro je Tonne steigen zu lassen. Jetzt soll er sogar auf 45 Euro pro Tonne erhöht werden. Die erwartete Folge: Höhere Benzin- und Dieselpreise. Der ADAC rechnet vor, dass

sich der Preis für einen Liter Benzin im Zuge der Maßnahme um rund 4,3 Cent erhöhen wird, der Liter Diesel werde daneben um 4,7 Cent teurer.

Was ist der Hintergrund der Haushaltskrise?

Der Auslöser dieses Chaos ist die sogenannte Schuldenbremse. Mit dieser Regelung, die 2009 im Grundgesetz verankert wurde, wird die zulässige Neuverschuldung des Staates pro Jahr begrenzt. Seit 2016 darf die deutsche Regierung sich nur noch bis zu einer Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes neu verschulden. Dies entspricht derzeit etwa neun Milliarden Euro pro Jahr. Ausnahmen dürfe es nur in außergewöhnlichen Notsituationen geben, die sich der Kontrolle des Staates entziehen. Diese Ausnahmeregel hat die damalige Regierung während der Corona-Pandemie aktiviert.

Mit der Schuldenbremse soll die deutsche Staatsverschuldung beschränkt werden. Dies dient unter anderem dem Zweck, die Kosten des Staates für Zinsen in Grenzen zu halten. Eine Beschränkung der Verschuldung gilt auch auf EU-Ebene, wo sie insbesondere auf Betreiben Deutschlands beschlossen wurde. Sie war die Grundlage für die EU, in Griechenland, Spanien und anderen Ländern während der Staatsschuldenkrise ab 2011 drastische Sparpakete durchzusetzen. Bei diesen Regelungen geht es auch um das Interesse vor allem des deutschen Kapitals an einer stabilen Währung, die Vorteile für die exportorientierte deutsche Industrie bietet.

Politische Diskussion um die Schuldenbremse

Seit der Verabschiedung der Schuldenbremse wird innerhalb der bür-

gerlichen Parteien über ihren Sinn und Zweck diskutiert. Gegen die starke Regel wird dabei immer wieder das Argument angeführt, der Staat müsse Kredite aufnehmen, diese im eigenen Land investieren und damit die Wirtschaft ankurbeln.

Beide Seiten in der Debatte bedienen bestimmte kapitalistische Interessen. Denn schon immer gab es Unternehmen, deren geschäftlicher Schwerpunkt vor allem im Inland liegt, wie z.B. die Bauindustrie oder Unternehmen, die Konsumgüter für den heimischen Markt herstellen. Aus Sicht solcher Unternehmen macht eine kreditfinanzierte Investitionspolitik des Staates Sinn, da sie sich für sie unmittelbar in neuen Aufträgen niederschlägt. Die exportorientierte Industrie, die ihr Geschäft vor allem im Ausland macht, hat dagegen ein weniger großes Interesse an staatlichen Aufträgen.

Aus der Sicht der Arbeiter:innenklasse wiederum sind beide Positionen falsch. Aus der Verteidigung der Schuldenbremse folgt nämlich in letzter Konsequenz der Zwang des Staates, zu sparen – wie jetzt an sozialen Ausgaben. Doch auch eine Politik, die auf mehr Kredite und Investitionen setzt, ist nicht im Interesse der Arbeiter:innen: Und zwar nicht einmal dann, wenn das Geld aus der Kreditaufnahme direkt an die Bevölkerung verteilt würde. Staatsschulden sind nämlich nichts anderes als Wertpapiere, die ihrem Besitzer Erträge aus dem Staatshaushalt von morgen zusichern. Und der Staatshaushalt wird überwiegend aus den Steuern der Arbeiter:innenklasse finanziert.

Auch wenn nach einer Kreditaufnahme kurzfristig Geld an die Bevölkerung verteilt würde: Langfristig bedeutet sie eine größere Umverteilung von Geld der Arbeiter:innen in die

Hände der Investoren. Und diese sind heute vor allem große Finanzgesellschaften.

Die Haushaltskrise legt einen Widerspruch des Kapitalismus offen

Die Debatte darüber, ob der Staat nun an der Schuldenbremse festhalten soll oder nicht, ist aus Sicht der Arbeiter:innenklasse also wenig interessant – denn wie auch immer das Ergebnis aussieht, es wird nicht in ihrem Interesse sein. Viel interessanter ist dagegen, dass die Haushaltskrise einen inneren Widerspruch in der kapitalistischen Staatsführung offengelegt hat: Es ist dem Staat angesichts der sich immer schärfer entwickelnden Krisen nämlich nicht möglich, sowohl die strategischen Interessen der eigenen Industrie zu bedienen als auch großzügig Geld in die Hand zu nehmen, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern (etwa durch die Strom- und Gaspreisbremse). Diesen Widerspruch haben die letzten Regierungen durch allerlei Haushaltstricks zu umgehen versucht, doch jetzt macht ihnen das Verfassungsgericht als Ordnungsinstantz der Kapitalist:innenklasse einen Strich durch die Rechnung.

Für 2023 hat die Regierung die Schuldenbremse über den Bundestag wieder ausgesetzt. In 2024 soll sie nun wieder eingehalten werden. Damit ist das Problem jedoch nicht weg. Der Sparzwang wird sich in neuen Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse niederschlagen. Diese kann nur durch eigene Kämpfe Einfluss darauf nehmen, ob ihr weiter in die Tasche gegriffen wird oder nicht.

„Die Linse muss bleiben!“

In Berlin wehrt sich das Solidaritätsnetzwerk mit Nutzer:innen und Nachbar:innen eines Jugendclubs gegen dessen Schließung. Ihr Kampf zeigt uns: Wenn wir uns zusammentun, können wir auch in scheinbar aussichtslosen Situationen etwas gegen Kürzungen und Sozialabbau unternehmen. - Ein Bericht von Mohannad Lamees.

In Berlin machen Kolleg:innen aus der Sozialen Arbeit, besonders der Jugendarbeit, schon lange auf ihre unhaltbaren Arbeitsbedingungen aufmerksam. Denn die Träger der Jugendarbeit geben die Kürzungen der Regierung im Bereich Soziales direkt an die von ihnen beschäftigten Arbeiter:innen weiter: Projekte müssen möglichst kostengünstig sein, Personalkosten werden deswegen immer weiter gesenkt. In Berlin arbeitet infolgedessen eine nicht unbedeutende Menge von Sozialarbeiter:innen zu Bedingungen, die sie zu Aufstocker:innen machen. Und wenn sich die Personalkosten nicht weiter senken lassen, dann werden Einrichtungen einfach komplett geschlossen.

Genau dieses Schicksal ereilte auch die „Linse“, einen Jugendclub mit über 40-jähriger Geschichte in Berlin-Lichtenberg. Bereits im Frühjahr 2023 kündigte der Träger des Jugendclubs an, diesen, sowie zwei weitere Einrichtungen im gleichen Bezirk, zum Jahresende schließen zu wollen – die Begründung: Die Jugendarbeit sei ein Minusgeschäft.

Ein Ort für die Jugend soll geschlossen werden...

Anouk Sez nec vom Solidaritätsnetzwerk Berlin erinnert sich an die Mitteilung über die Schließung: „Für uns war das ein Moment, in dem wir gemerkt haben, dass die Kürzungen im sozialen Bereich nicht einfach nur Zahlen, Tabellen und Diagramme in den Papieren des Berliner Senats sind, sondern dass sie reale Auswirkungen auf uns haben“. Das Solidaritätsnetzwerk, ein Zusammenschluss von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, Jugendlichen, Frauen, Migrant:innen und Rentner:innen aus Berlin-Lichtenberg, veranstaltete regelmäßig Treffen und Vorträge in der „Linse“ und organisierte dort den monatlichen Solidarischen Stammtisch, bei dem Nachbar:innen aus dem Stadtteil zusammenkamen, um sich über die aktuelle Lage und die Widrigkeiten des Lebens im Kapitalismus auszutauschen.

„Als wir im Frühjahr von der Schließung gehört hatten, dachten wir zuerst, dass sich schon irgendwie eine Lösung ergeben würde. Wir hatten damals noch die Hoffnung, dass sich Senat, Bezirk und Träger doch irgendwie einig werden und den Jugendclub erhalten“, sagt Levin Flor, ebenfalls Mitglied im Solidaritätsnetzwerk. Doch je näher das Jahresende rückte, desto klarer wurde, dass auf Seiten der Lokalpolitik und des Trägers der Wille zum Erhalt der „Linse“ fehlte.

die Rettung der „Linse“ wieder ein Thema in den Lokalnachrichten und bei den Lokalpolitiker:innen.

Gleichzeitig beriefen die Mitglieder vom Solidaritätsnetzwerk einen Runden Tisch für Nutzer:innen und Unterstützer:innen der „Linse“ ein. Jugendarbeiter:innen, Veranstalter:innen, Vertreter:innen einer Mieter:inneninitiative, einige Lokalpolitiker:innen und ein Verein von ehemaligen Jugendlichen aus der

gestellt, dass das Potse-Kollektiv schnellstmöglich in das Gebäude der „Linse“ ziehen soll. Die Zeit, in denen die Bauarbeiten am Nachbargebäude den Betrieb nicht erlauben, sollen dabei für die Instandhaltung und Sanierung der „Linse“ genutzt werden. Dass diese Forderungen inmitten der kommenden Kürzungswellen von den verantwortlichen Politiker:innen einfach so erfüllt werden, scheint unwahrscheinlich. Sez nec erklärt: „Für

uns vom Solidaritätsnetzwerk geht es jetzt vor allem darum, den Druck auf die Lokalpolitik weiter hochzuhalten. Wir haben durch unsere vielen Aktionen im Stadtteil bereits erreicht, dass die Linse nicht einfach still und heimlich geschlossen wird. Jetzt gibt es durch den Schulterchluss mit Nutzer:innen, Nachbar:innen und der Potse eine konkrete Perspektive für selbstverwaltete Jugendarbeit in Lichtenberg. Wenn wir weiterhin geeint und kämpferisch

aufzutreten, werden wir unsere Forderungen durchsetzen“.

Zwar wurde die „Linse“ zum Jahresende vorerst geschlossen. Doch der Kampf um die „Linse“ hat gerade erst begonnen. In Berlin-Lichtenberg ist durch die gemeinsamen Aktionen die Überzeugung gereift, durch die eigene Kraft und die eigene Organisiertheit etwas verändern zu können. Dem Solidaritätsnetzwerk geht es dabei um mehr als den Erhalt eines einzelnen Jugendclubs. „Wir haben während unserer Aktionen für den Erhalt der Linse immer wieder gesagt, dass wir nicht in einer Gesellschaft leben wollen, in der 100 Milliarden für die Bundeswehr ausgegeben werden, aber Jugendclubs schließen müssen“, unterstreicht Flor und fügt an: „Für uns ist klar, dass wir nur im Sozialismus, wenn unsere eigenen Bedürfnisse anstatt der der Großkonzerne im Vordergrund stehen, nicht mehr um jeden einzelnen Jugendclub kämpfen müssen. Bis dahin müssen wir aber jeden Quadratmeter den wir selbst gestalten wollen dem kapitalistischen Staat abtrotzen“.



Von Seiten des Bezirks hieß es lediglich immer wieder, dass die „Linse“ aufgrund der Bauarbeiten am Nachbargebäude ohnehin für mehrere Jahre nicht betreibbar sei. Doch damit wollte sich das Solidaritätsnetzwerk nicht zufrieden geben.

...im Stadtteil regt sich Widerstand

Ab Oktober hieß es deswegen auf Plakaten an allen Ecken und Enden in den Straßen rund um den Jugendclub: „Die Linse muss bleiben“. An Kreuzungen, vor einem Einkaufszentrum, an der U-Bahn-Station und sogar in den S-Bahn-Waggons verteilten die Mitglieder vom Solidaritätsnetzwerk hunderte Flyer, sie nahmen Kontakt zu Bands und Nutzer:innen aus der „Linse“ auf und organisierten wöchentliche Kundgebungen vor dem Rathaus Lichtenberg, während der sie mit unzähligen Passant:innen ins Gespräch kamen. Als sie Mitte November zu einer Demonstration durch den Stadtteil aufrufen und im Jugendhilfeausschuss des Bezirks eine kämpferische Fürsprache für den Erhalt der „Linse“ hielten, war

„Linse“ kamen dort zusammen und berieten gemeinsam und selbstständig darüber, wie es mit dem Jugendclub trotz der widrigen Umstände weitergehen könne. Flor erzählt: „Am Runden Tisch haben wir gesehen, welche Wirkung wir mit unserer Arbeit erreicht haben. Ein paar Leute sagten sogar zu uns, dass wir sie wachgerüttelt und wieder einen Funken Hoffnung für den Erhalt der Linse entfacht haben, nachdem viele eigentlich schon resigniert hatten“. Sez nec fügt hinzu: „Dass wir es geschafft haben, Nutzer:innen und Nachbar:innen der Linse zu mobilisieren und gemeinsam an einen Tisch zu bringen, ist ein großer Erfolg gewesen!“

Geschlossenheit als Schlüssel zum Erfolg

Tatsächlich wurde am Runden Tisch mittlerweile eine konkrete Perspektive für die „Linse“ erarbeitet. Eine wichtige Rolle dabei spielt der Schulterchluss mit der Potse, einem stadtbekanntem selbstverwalteten Jugendzentrum. Gemeinsam wurde mittlerweile die Forderung auf-

„Die Räume, die wir brauchen, müssen wir uns selbst erkämpfen“

Seit einiger Zeit entstehen in verschiedenen Städten wieder vermehrt selbstverwaltete Räumlichkeiten und Soziale Zentren. In diesen Räumen sollen Arbeiter:innen aus ihren Vierteln zusammenkommen und sich organisieren können. Um mehr über diese Entwicklung zu erfahren, traf sich Perspektive mit Anton Rehberger von der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO), welche sich bereits in drei solcher Sozialen Zentren engagiert.

In Leipzig wird gerade ein Soziales Zentrum eröffnet. Auch in Köln und Essen gibt es bereits ähnliche Räume, die unter anderem auch von euch genutzt werden. Warum sind Soziale Zentren so wichtig?

So selbstverständlich es klingt, aber politische Arbeit und Klassenkampf finden nicht nur im Kopf statt, sondern brauchen physischen Raum. Klassenkampf heißt für uns vor allem, gemeinsam als Klasse, also als die große Zahl von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, Jugendlichen, Frauen, Migrant:innen und Rentner:innen zusammenzukommen und uns gegen die fortwährenden Angriffe auf unsere Lebensbedingungen geschlossen zur Wehr zu setzen.

Klassenkampf ist also keine Sache, die irgendwo alleine am Schreibtisch passiert. Als Föderation arbeiten wir deswegen nach dem Prinzip, dort aktiv zu sein, wo unsere Klasse lebt und arbeitet. Neben den Betrieben, Schulen und Unis sind das auch die Viertel, in denen wir wohnen. Wenn wir also unsere Klassengeschwister erreichen wollen, müssen wir dort sein, wo sich ihr Leben abspielt - und dort dann Räume eröffnen für den gemeinsamen Klassenkampf.

Gibt es denn nicht schon genug Vereine und Projekte, die sich für die Arbeiter:innen einsetzen?

Es stimmt schon, dass es in manchen Stadtteilen viele Initiativen, Integrationsangebote und gut besuchte Orte

gibt. Aber sind das wirklich Räume, in denen sich unsere Klasse selbstständig organisieren kann? Diese Frage würde ich mit einem klaren Nein beantworten. Oft geht es in diesen Orten ja darum, Arbeiter:innen ins System zu integrieren, also eine Einwilligung in die eigene Ausbeutung und Unterdrückung herzustellen, oder einfach Ablenkung zu schaffen.

Wer in unserem System Politik gegen das System machen will, kann sich auf den Staat und seine Institutionen nicht verlassen. Als Arbeiter:innen kriegen wir nun mal von den Kapitalist:innen nichts geschenkt. Wir erleben immer wieder, wie unliebsame Meinungen zensiert werden. Das ist auch logisch. Warum sollte ich als kapitalistische Institution den Leuten Räume zur Verfügung stellen, die das kapitalistische System bekämpfen? Bürgerlichen Organisationen und Parteien wird es leicht gemacht, die Menschen zu erreichen und ihre Ideen in der Bevölkerung zu verbreiten. Sie haben Zugang zu den Massenmedien, zu schier endlosen finanziellen Quellen und eben auch zu Räumlichkeiten. Das ist bei klassenkämpferischen Organisationen nicht so. Die Räume, die wir brauchen, müssen wir uns selbst erkämpfen.

Wir denken, dass unsere Klasse eigene Räume für den Austausch, für das kollektive Leben und für solidarische Kultur braucht. Wir brauchen Orte, an denen wir den Kampf und das Leben organisieren können, ohne ständig unter der direkten Kontrolle bürgerlicher Kräfte zu stehen bzw. von ihnen abhängig zu sein. Das bedeutet Selbstverwaltung für uns.

Wer kommt denn regelmäßig in die Sozialen Zentren? Was finden dort für Veranstaltungen statt?

Das unterscheidet sich natürlich von Ort zu Ort. Jedes Soziale Zentrum spiegelt das Leben und die Menschen dort wieder, wo seine Arbeit stattfindet. Im Allgemeinen kann man sagen, dass die Sozialen Zentren allen offen stehen, die interessiert an einem solidarischen Miteinander sind.

Wir organisieren dort alles Mögliche, was unsere Klasse zusammenbringt, fördern aber auch die Eigeninitiative von Leuten, die noch nicht so viel Erfahrung mit der politischen Arbeit haben. So entsteht in den einzelnen Städten ein buntes Programm. Es finden Frauencafés statt, bei denen sich Arbeiterinnen und Mütter austauschen und vernetzen können. Es gibt Stammtische von Kolleg:innen aus verschiedenen Betrieben. Auch von Jugendlichen werden eigene Angebote organisiert, bei denen ihre Themen im Vordergrund stehen. Natürlich finden auch regelmäßig Vorträge und Workshops statt, die politische Bildung soll ja nicht zu kurz kommen. Aber es wird auch gemeinsam gekocht und gegessen, manchmal veranstalten wir auch Spielabende, um uns in lockerer Atmosphäre neuen Leuten vorstellen zu können.

Und das allerwichtigste: Es ist immer Platz für die kämpferischen Initiativen der Leute aus dem Viertel selbst. Gibt es zum Beispiel eine Mieterhöhung und jemand möchte eine Zusammenkunft für die Mieter:innen und Nachbar:innen organisieren - bei uns ist der richtige Ort dafür!

Was muss passieren, damit in noch mehr Städten und Vierteln Soziale Zentren entstehen?

Raum kostet Geld, so ist das leider im Kapitalismus. Wir kriegen kein Geld vom Staat oder bürgerlichen Stiftungen, sondern müssen uns selbst über Spenden finanzieren und die Arbeit, die in den Sozialen Zentren anfällt - von der Renovierung und Herrichtung der Räume über das Putzen bis hin zur inhaltlichen Gestaltung und den ganzen organisatorischen Aufgaben - komplett selbst verrichten.

Leider entstehen Soziale Zentren nicht spontan und brauchen eine Menge Arbeit im Hintergrund, um zu funktionieren. Deshalb benötigt es natürlich einen festen und am besten wachsenden Kern an Leuten, die sich den ganzen Aufgaben widmen, die verschiedenen Veranstaltungen politisch anleiten und neueren Nutzer:innen mit Rat und Tat beiseite stehen. Aber am wichtigsten ist, dass wir mit den Sozialen Zentren die Verbindung zu unserer Klasse herstellen und aufrecht erhalten.

Die Sozialen Zentren sind kein abgekapselter Ort für linke Aktivist:innen. Nein, sie sind Orte, an denen unsere Klasse zusammenkommen kann, um sich zu wehren. Unsere Föderation kann sich engagieren, um Soziale Zentren zu eröffnen. Doch erst die Arbeiter:innen aus den Vierteln hauchen den Sozialen Zentren gemeinsam Leben ein und machen sie zu ihren eigenen Orten. Nur so werden diese Orte zu Orten des Klassenkampfes.

**Soziales Zentrum
Clara Zetkin Leipzig**



sz-clarazetkin.de

Georg-Schwarz-
Straße 44
04177 Leipzig

**Internationales Zentrum
Köln**



[solidaritaet-
leben.de](http://solidaritaet-leben.de)

Homarstraße 64
51107 Köln

**Soziales Zentrum
Philipp Müller Essen**



[sozialeszentrum-
essen.de](http://sozialeszentrum-essen.de)

Holzstraße 12
45141 Essen

„Eine klassenkämpferische Studierendenbewegung aufbauen“

Das Studierendenkollektiv ist eine klassenkämpferische Studierendenorganisation. Bereits im September hat sich die Organisation gegründet und seitdem erste Erfahrungen mit sozialistischer Hochschulpolitik gemacht. Wir haben uns mit Anneli Jacobs aus der Bundesweiten Koordination der Organisation getroffen, um darüber zu sprechen.

Wollt ihr euch unseren Leser:innen noch einmal vorstellen?

Ja, sehr gerne. Ich bin Anneli Jacobs und war vor der Gründung des Studierendenkollektivs im Frauenkollektiv, einer klassenkämpferischen Frauenorganisation, aktiv. Ich bin selbst Studentin und merke daher, dass unser Leben nicht dem Bild entspricht, welches oft als Vorurteil über das Studi-Leben die Runde macht. Statt Feiern und Freizeit gibt es Prüfungsstress und ein leeres Konto.

Natürlich geht es dabei nicht nur mir so, sondern das ist auch bei den meisten anderen Studierenden Alltag. Daher haben wir uns zusammengesetzt und überlegt, was es braucht um diesen „Normalzustand“ zu verändern. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es endlich eine Organisation braucht, die damit beginnt, eine klassenkämpferische Studierendenbewegung aufzubauen. So ist das Studierendenkollektiv, eine sozialistische Organisation, im September 2023 in Berlin und Leipzig entstanden.

Seitdem ihr die Arbeit aufgenommen habt, sind nun schon drei Monate vergangen. Was habt ihr in diesem Zeitraum schon erreicht?

Ich denke, dass wir seitdem viel geschafft haben und uns ein kämpferischer Start ins Semester gelungen ist. Seit einiger Zeit finden sowohl in Berlin als auch in Leipzig jede Woche offene Treffen statt, wo wir unsere Arbeit auswerten und kommende Aktionen planen. Ein niedrigschwelliger Einstieg und politischer Austausch und auch das Kennenlernen der Organisation stehen bei den offenen Angeboten im Fokus. In Leipzig konnten wir uns schnell mit anderen Hochschulgruppen vernetzen und gemeinsam Aktionen durchführen.

Durch die sogenannten Kritischen Einführungswochen (KEW) an der Uni Leipzig haben wir auch unter den Studierenden an Bekanntheit gewonnen. An der Freien Universität Berlin können wir die aktive Teilnahme an

der Hörsaalbesetzung in Solidarität mit Palästina als Erfolg verzeichnen. Insgesamt können wir sagen, dass wir es geschafft haben, uns schon in kurzer Zeit an den Unis, an denen wir arbeiten, als politische Kraft zu etablieren. Außerdem sind wir seit kurzem Teil der bundesweiten Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO).



Ihr habt vorher vor allem Schul- und Frauenarbeit gemacht und von der Arbeit an Universitäten hattet ihr sicher erst nur grobe Vorstellungen. Wie wertet ihr eure Entscheidung an die Unis und Hochschulen zu gehen aus?

Wir werten das als sehr wichtigen und richtigen Schritt aus. Die meisten Studierenden werden für ein Leben als Arbeiter:innen vorbereitet und wenn wir davon sprechen, dass wir überall dort aktiv sein wollen, wo unsere Klasse lebt und arbeitet, dann müssen wir das auch in die Tat umsetzen. Auch in unserer Praxiserfahrung spiegelt sich wider, dass wir mit der Gründung des Studierendenkollektivs einen notwendigen Schritt gegangen sind. So können wir in Gesprächen mit Studierenden feststellen, dass es zum einen ein großes Interesse an den Themen gibt, die wir ansprechen und zum anderen eine große Unzufriedenheit mit den Bedingungen an den Universitäten und Hochschulen. Von fehlenden Räumlichkeiten, über die Lehrinhalte,

bis hin zur Kürzung des BAföG. Und genau da müssen wir ansetzen. Uns ist es wichtig als sozialistische Organisation offen auf die Leute zuzutreten und genau das aufzugreifen, was sie konkret in ihrem Leben an der Uni und in der Gesellschaft erfahren. Häufig ist das, was sie berichten, ein Ausdruck davon, dass Unis eben kein politisch neutraler Raum sind.

Im Gegenteil: Nicht zuletzt die einseitige Positionierung der deutschen Universitäten zu Gunsten der israelischen Armee haben gezeigt, dass an unseren Hochschulen das kapitalistische System, seine Katastrophen und seine Kriege gerechtfertigt werden.

In euren Erklärungen seid ihr sehr konsequent, kritisiert eure Universitäten für ihre Statements zur Lage in Palästina/Israel oder wenn sie Politiker der AfD einladen. Eckt ihr auch an? Und wie geht ihr damit um?

Ja, das ist ganz richtig. Wie ich bereits gesagt habe, sind wir eine klassenkämpferische Organisation, die für den Sozialismus eintritt. Das bedeutet für uns, dass wir das Ziel verfolgen, eine breite Arbeiter:innenbewegung aufzubauen, um den Imperialismus und damit die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zu beenden. Stattdessen wollen wir ein System aufbauen, in dem wir weder Unterdrückung noch Ausbeutung erfahren. Wie du

schon angedeutet hast ist klar, dass auch heftiger Gegenwind entstehen kann, den wir bereits erlebt haben. So gibt es an der Universität Leipzig den sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschluss“, der die Zusammenarbeit mit bestimmten Gruppen, vor allem solchen, die offen antiimperialistisch oder sozialistisch auftreten, verhindern soll.

Bei der Hörsaalbesetzung an der Freien Universität Berlin verständigte die Unileitung die Polizei, die schließlich den Hörsaal räumte. In beiden Fällen soll verhindert werden, dass an den Hochschulen ein imperialistischer Krieg und die deutsche Außenpolitik verurteilt werden, welche in offiziellen Stellungnahmen unterstützt werden. Diese Repressionen sind vermutlich erst der Anfang, aber sie sind auch ein Abbild davon, dass die klassenkämpferische Bewegung immer mehr an Einfluss gewinnt und auch die Studierenden zu immer größeren Teilen offener für solche Ansätze werden.

Jetzt habt ihr viel darüber geredet, was ihr bisher geschafft habt. Aber was sind eigentlich eure Pläne für die kommende Zeit?

Nachdem wir mit unserer „Werde Aktiv“-Kampagne unsere Arbeit gestartet haben, wollen wir nun einen größeren Fokus auf tagesaktuelle politische Themen und unsere Lebenssituation legen. Darunter fällt vor allem die aktuelle Haushaltsdebatte, die Einschnitte für uns alle bedeutet, auch uns Studierende. Gleichzeitig haben wir uns an den Aktionen für einen allgemeinen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV-Stud) beteiligt, auch wenn die DGB-Gewerkschaft Verdi damit bisher keinen Tarifvertrag aushandeln konnte oder wollte. Dabei hätte es ihn gerade beim Ausmaß der Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Miete und Heizung umso mehr gebraucht. Deshalb sind wir uns in diesen bewegten Zeiten sicher: Nur wenn wir uns selbst organisieren, können wir etwas erreichen.



Rassistische Hetze und Terror als Mittel zur Spaltung



Dabei sind sich alle einig: Von Kanzler Scholz bis Oppositionschef Merz fordern Politiker:innen schärfere Maßnahmen gegen Migrant:innen und Geflüchtete. Was hat es mit dieser offen rassistischen Hetze auf sich? Und wem nützt sie? - Ein Kommentar von Alex Lehmann

Seit Wochen hört man in den großen deutschen Medien und von Politiker:innen aus allen Parteien Aussagen wie diese: „Wir müssen schneller abschieben“, meint Bundeskanzler Olaf Scholz. „Die Zahlen der Einwanderer müssen runter“, ergänzt Merz. Währenddessen titelt die BILD-Zeitung über eine „Miese Bilanz bei Rückführungen“.

Rassistische Hetze, die als Legitimation und als Hintergrundmusik für den größten Angriff auf das Asylrecht seit langem dient. Konkret geht es um das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS), das umgebaut werden soll. Aber auch auf nationaler Ebene schränkt Deutschland das Recht auf Asyl weiter ein. Begleitet werden diese Gesetzesvorhaben nicht nur von einer rassistischen Debatte in Politik und Medien, sondern auch von brutalen Übergriffen auf der Straße.

Festung Europa

Mit dem neuen GEAS wird die „Festung Europa“ noch weiter ausgebaut. An den Außengrenzen soll es in Zukunft „Auffanglager“ geben in denen „Grenzverfahren“ durchgeführt werden sollen.

Das heißt konkret: In den Grenzstaaten der EU werden Gefängnisse für Geflüchtete errichtet, in denen dann direkt über ihr Schicksal entschieden werden soll. Und das auch für Kinder ab sechs Jahren. So wird den Betroffenen praktisch jede Möglichkeit genommen, sich gegen abgelehnte Asylanträge rechtlich zu wehren.

Außerdem sollen abgelehnte Geflüchtete vermehrt in sogenannte „sichere Drittstaaten“ abgeschoben werden und gleichzeitig werden die Kriterien für diese „sicheren“ Staaten gelockert. Staaten wie zum Beispiel Tunesien, in denen Geflüchtete nachweislich gefoltert, misshandelt und zum Sterben in der Wüste ausgesetzt werden, gelten dann als „sicher“.

Innenministerin Nancy Faeser sagt dazu, die Reform sei vereinbar

mit einer deutschen Vorstellung von „Menschlichkeit und Ordnung“. Welche Vorstellungen meint Faeser? Was haben Mord, Folter und Deportation mit „Menschlichkeit und Ordnung“ zu tun?

Deutsche Tradition

Auch auf nationaler Ebene zieht die Ampel-Regierung die Schlinge um das Genick der Geflüchteten enger. Bisher mussten Betroffene einer Abschiebung einen Monat im Vorhinein darüber informiert werden.

Zeit, um sich gegen die Abschiebung rechtlich zu wehren und im Zweifelsfall Abschied zu nehmen von Familie und Freund:innen. Zeit, die es jetzt nicht mehr geben wird. Stattdessen will die Ampel-Regierung Menschen direkt und ohne Vorwarnung aus ihren Wohnungen, Schulen und Arbeitsplätzen in Abschiebehaft nehmen und außer Landes schaffen.

Ein „flexibleres“ Asylsystem, das wohl als Vorbereitung für kommende Kriege und Konflikte dient. Mit dem Voranschreiten des Klimawandels und der Eskalation von Konflikten werden immer größere Teile der Welt unbewohnbar. Also werden auch immer mehr Menschen in Europa nach einer Möglichkeit zum Überleben suchen.

Polizeimorde – keine Einzelfälle und kein Zufall

Eine andere Seite der rassistischen Hetze und Gewalt gegen Migrant:innen sind Polizeimorde und Pogrome. Wer es über die tödliche europäische Grenze geschafft hat, den erwarten in Deutschland mordende Faschist:innen, rassistische Polizist:innen oder brennende Flüchtlingsunterkünfte.

Am 8. August 2022 traf diese Gewalt den 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé. Aus dem Senegal geflüchtet, kam er in Dortmund unter und hatte wegen seiner Fluchterfahrung und Traumata mit psychischen Pro-

blemen zu kämpfen. Als er versuchte, sich mit einem Messer selbst zu verletzen, wurde die Polizei hinzugerufen. Diese half dem Jugendlichen nicht, sondern griff ihn, ohne bedroht zu werden, mit Pfefferspray und mehreren Tasern an. Zeitgleich erschoss ein Polizist Mouhamed mit fünf Schüssen aus seiner Maschinenpistole.

Einer der bekanntesten deutschen Polizeimorde ist der Tod Oury Jallohs. Der 36-jährige Mann aus Guinea wurde am 07.01.2005 in einer Dessauer Polizeizelle tot aufgefunden, bei lebendigem Leibe verbrannt. Jedes Jahr demonstrieren seitdem tausende Menschen aus ganz Deutschland in seinem Andenken und für Gerechtigkeit in Dessau.

Ein letztes Brandschutzgutachten von britischen Expert:innen bekräftigte 2021 die Vermutungen der Familie und ihrer Mitstreiter:innen. Demnach wurde Oury Jalloh in seiner Zelle mit Benzin übergossen und angezündet. Der schreckliche Fall war nicht der erste und auch nicht der letzte Polizeimord in der Stadt Dessau.

Diese Morde sind das Ergebnis einer gezielten faschistischen und staatlichen Strategie des Terrors gegen Migrant:innen. Diese ist darauf gerichtet, die Masse der Migrant:innen einzuschüchtern, indem einzelne zu Zielen gemacht werden. Der Terror fand seine brutalsten Ausdrücke zum Beispiel in den NSU-Morden. Die rassistische Rhetorik und Hetze dient im Rahmen dieser Strategie dazu, die Stimmung immer weiter anzufachen.

Aber nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa häufen sich rassistische Polizeimorde. In Frankreich erschoss die Polizei im Juni 2023 den 17-jährigen Nahel Merzouk. In Griechenland wurde der 16-jährige Rom Kostas Frangoulis von der Polizei mit einem Schuss in den Hinterkopf ermordet.

Und auch im Rest Europas entwickelt sich die Politik immer weiter in die

Richtung offener rassistischer Hetze. In den Niederlanden wurde die nationalistische PVV im Parlament zur stärksten Kraft gewählt. In Italien regiert seit Oktober 2022 die Faschistin Giorgia Meloni.

Teile und herrsche!

Der Rassismus in der deutschen Gesellschaft kommt nicht aus dem Nichts. Er wird von der Politik und den Kapitalist:innen gezielt gefördert und für ihre Zwecke genutzt. Ganz nach dem lateinischen Sprichwort: „Teile und herrsche“!

Ein Sprichwort, das die Jahrtausende alte Taktik der Unterdrücker beschreibt, verschiedene Teile der Gesellschaft gegeneinander aufzuhetzen, um sie so leichter zu kontrollieren. Eine Taktik, die auch die deutschen Unterdrücker à la Merz und Co. gut beherrschen.

Wenn die Deutschen dazu gebracht werden Migrant:innen, Geflüchtete oder den Islam als Feind zu sehen, dann verlieren sie ihren wahren Feind aus den Augen. Dann verlieren sie aus den Augen, wer wirklich dafür verantwortlich ist, dass sie weder Wohnung, Kitaplatz noch Arbeit finden.

„Aber wer ist denn nun verantwortlich, wenn nicht die Flüchtlinge?“ - Es sind dieselben, die uns gegeneinander aufstacheln! Es sind Friedrich Merz, die Bundesregierung und die AfD, die Pakte mit den Milliardär:innen und Bossen schließen. Es sind die, die Konzerne und Unternehmen besitzen, die sich Millionen-Boni auszahlen lassen und dann davon reden, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssten. Sie hetzen uns gegeneinander auf, weil sie die Geschichte kennen und wissen, was passiert, wenn wir nicht mehr zur Seite und nach unten treten, sondern unsere Blicke nach oben richten. Genau deswegen geben sie ihre Hasstiraden ab, provozieren rassistische Pogrome und bedienen sich faschistischer Rhetorik.

100 Jahre nach Lenins Tod: Die Revolution bleibt notwendig

Diesen Monat jährt sich der Todestag des Revolutionärs Wladimir Iljitsch Lenin zum 100. Mal. Doch Lenin ist nicht bloß eine historische Figur, die im letzten Jahrhundert gelebt und gewirkt hat, sondern ist nach hundert Jahren noch immer für viele Menschen ein Bezugspunkt. Wie jedes Jahr gehen auch diesen Monat tausende Kommunist:innen in Berlin auf die Straße, um ihm neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu gedenken. - Ein Kommentar von Anita Blank

Auf den ersten Blick hat die Welt, in die Lenin 1870 hineingeboren wird – das russische Zarenreich – nicht viel gemein mit unserer Gegenwart. Bei näherer Betrachtung zeigen sich aber gewisse Ähnlichkeiten. So war die politische und gesellschaftliche Situation damals wie heute geprägt von Krieg und Krisen.

Innerhalb von einem Jahrzehnt erlebte die russische Bevölkerung gleich zwei Kriege: den Russisch-Japanischen-Krieg ab 1904 und dann in noch verheerenderen Ausmaßen den 1. Weltkrieg.

Nachdem 1905 eine Revolution in Russland zwar gescheitert ist, jedoch einige Reformen erkämpft wurden, folgt ein Jahrzehnt des europäischen Rüstungswettlaufs, an dem sich auch Russland beteiligte und infolgedessen schrittweise die zuvor zugestandenen Reformen zurückgenommen wurden.

Die Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse und jegliche politische Aktivität erreichten ein neues Ausmaß und machten sichtbar, dass sich das Zarenreich in einer tiefen Krise befand. Wie in ganz Europa schlugen sich auch in Russland die sozialdemokratischen Kräfte mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs vollends auf die Seite der Herrschenden, die liberale Opposition erklärte den Burgfrieden und das Parlament wurde aufgelöst.

Lenin, der sich wie so viele Revolutionär:innen der Zeit im politischen Exil in Westeuropa befand, suchte aus der



Ferne nach Antworten auf die Frage nach der Befreiung der Arbeiter:innenklasse. Er stützte sich dabei auf die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels, nach denen nur durch eine sozialistische Revolution die Befreiung erkämpft und die Ursachen für Krieg und Krise beseitigt werden können.

In seiner Imperialismusanalyse arbeitete Lenin als erster heraus, dass die Konkurrenz der Monopole unweigerlich und gesetzmäßig zu Kriegen führt. Der Verrat der Sozialdemokratie hatte zudem deutlich gezeigt, dass auf diese kein Verlass war, dass die Arbeiter:innenklasse nicht auf friedliche Auseinandersetzung mit den Herrschenden hoffen konnte, sondern eine organisierte Kraft brauchte, hinter der sie sich sammeln konnte.

Die Erfahrungen der politischen Verfolgung und Repressionen brachten Lenin zur Erkenntnis, dass es sich bei dieser Kraft um eine Kader:innenpartei handeln muss, die auch in der Illegalität arbeiten kann.

Dass wir heute noch von Lenin lernen können, liegt vor allem daran, dass er seine Schriften nicht einfach am Schreibtisch erarbeitete, sondern in der Praxis bewies. Die Arbeiter:innenklasse, geführt von der Partei der Bolschewiki, hatte in der Oktoberrevolution 1917 zum ersten Mal in der Geschichte ihre Unterdrücker gestürzt und den ersten sozialistischen Staat erkämpft.

Blicken wir auf das letzte Jahr zurück, können wir sehen, dass auch wir nicht Zuhause sitzen bleiben können, wenn wir kein „Weiter so“ wollen.

Der deutsche Staat rüstet auf, bereitet sich auf einen kommenden Krieg vor. Wir können zwar noch nicht sagen, wann dieser ausbrechen wird, aber für Verteidigungsminister Boris Pistorius ist klar, wir müssen „kriegstüchtig“ werden. Und auch die Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse, sei es durch Kürzungen von Sozialleistungen, der Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch die Kriminalisierung von palästinasolidarischen Demonstrationen oder dem Erlassen neuer Versammlungsgesetze sowie die Repression gegen Antifaschist:innen und Revolutionär:innen machen deutlich, dass es genug Gründe gibt, Klassenkampf nicht als eine Sache des letzten Jahrhunderts zu begreifen.

Wenn wir heute Lenin gedenken, machen wir das also nicht in erster Linie, um an ihn als historische Person zu erinnern. Wir gedenken ihm, weil er schon vor über 100 Jahren Antworten auf die Frage nach unserer Befreiung gefunden und den Weg zu dieser vorgezeichnet hat. Lenin und alle Kämpfer:innen von 1917 zeigen uns, dass der Sozialismus keine Utopie ist.

Aber sie geben uns damit auch Aufgaben auf den Weg: den Aufbau einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung und einer Partei, die diese anführen kann.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

1. Für unsere Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ an uns schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf dein Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>